

II-287 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 226 1J

1990 -12- 2 0

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Gugerbauer, Dolinschek, Moser, Mag. Haupt
an den Bundeskanzler
betreffend Entschädigung für die Zwangsarbeit öster-
reichischer Kriegsgefangener

Die Republik Österreich hat im Staatsvertrag von Wien in den
Artikeln 23 und 24 auf alle Ansprüche österreichischer
Staatsbürger gegenüber Deutschland und den alliierten Mächten
verzichtet. Dieser Verzicht gilt unter anderem auch für den
Arbeitslohn, der laut Genfer Abkommen über die Behandlung der
Kriegsgefangenen für die Zwangsarbeit der österreichischen
Heimkehrer zu bezahlen gewesen wäre.

Eine zeitgenössische Abhandlung (Grimeisen, Die Forderungs-
berechtigten aus dem Österreichischen Staatsvertrag) leitet
daraus selbstverständlich ab: "Österreich wird seine
Staatsangehörigen im Rahmen dieser Verzichtserklärung zu
entschädigen haben."

Eine derartige Entschädigung wurde bisher von der Republik
Österreich an die Betroffenen jedoch nicht geleistet; dadurch
wurde sozusagen auf Kosten einer Bevölkerungsgruppe der
Staatsvertrag abgeschlossen, ohne für einen innerstaatlichen
Ausgleich dieser Belastung zu sorgen.

Der Heimkehrerverband ist mehrmals an den Bundeskanzler
herangetreten, um in einem Gespräch dieses Problem erörtern
zu können. Der Bundeskanzler hat jedoch seit Jahren für eine
derartige Besprechung keine Zeit gefunden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundeskanzler die nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Werden Sie dem Österreichischen Heimkehrerverband ehestmöglich einen bestimmten Termin für die schon seit Jahren geforderte Aussprache bekanntgeben?
- 2) Sind Sie grundsätzlich der Ansicht, daß der Verzicht der Republik Österreich auf Forderungen einzelner Staatsbürger innerstaatlich derart ausgeglichen werden muß, daß für den einzelnen Betroffenen kein Schaden entsteht?
- 3) Wenn ja, welche Maßnahmen werden Sie setzen, um den betroffenen Heimkehrern doch noch eine Entschädigung für ihre Zwangsarbeit zukommen zu lassen?